

5. Kinder- und Jugendbericht

2021
Kurzfassung



- **Ministerium für
Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie**

SAARLAND

Großes entsteht immer im Kleinen.





Den vollständigen 5. Kinder- und Jugendbericht des Saarlandes können Sie kostenlos downloaden unter www.soziales-saarland.de > Service > Downloads

Kompaktfassung des 5. Kinder- und Jugendberichts des Saarlandes

Erik Schäfer, Tobias Schumann, Sarah Krewer,
Christina Heß

Bearbeitung:

iSPO, Institut für Sozialforschung, Praxisberatung
und Organisationsentwicklung GmbH

- **Ministerium für
Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie**

SAARLAND

Großes entsteht immer im Kleinen.



Grundlagen

- Der 5. Kinder- und Jugendbericht wurde in einem ausgeprägten partizipativen Prozess erstellt.
- Insgesamt waren mehr als 180 Expertinnen und Experten für die Zielgruppe der Kinder- und Jugendpolitik sowie ca. 2.000 junge Saarländerinnen und Saarländer im Alter zwischen 4 und 26 Jahren an der Erstellung des 5. saarländischen Kinder- und Jugendberichts beteiligt.
- Auf der Grundlage der Ergebnisse der verschiedenen Partizipationsformate und Befragungen wurden vom ausführenden Institut Empfehlungen für die Gestaltung der zukünftigen Kinder und Jugendpolitik des Saarlandes formuliert.
- Die nachfolgenden »Handlungsempfehlungen« des Instituts für Sozialforschung, Praxisberatung und Organisationsentwicklung GmbH – iSPO – richten sich insbesondere an
 - die politischen Entscheidungsträger auf Landesebene und in den Kommunen,
 - die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe,
 - die Fachverbände und weiteren Interessensvertretungen von Kindern und Jugendlichen,
 - alle Behörden, Institutionen und Akteure, die für die Belange von Kindern und jungen Menschen zuständig sind sowie
 - die Fachöffentlichkeit.

Grunddaten: Demographie der saarländischen jungen Menschen

- Zum Stichtag am 31.12.2020 lebten 248.479 junge Menschen zwischen 0 und 27 Jahren im Saarland. Das waren 25,3% der Bevölkerung. Sowohl die Anzahl als auch der Anteil an der Bevölkerung der unter 28-Jährigen nehmen kontinuierlich ab. Trotz phasenweise gestiegener Geburtenzahlen wird ein weiterer Rückgang prognostiziert.
- Auf Landkreisebene zeichnet sich die gleiche Bevölkerungsdynamik ab. Die Regionen sind davon jedoch unterschiedlich stark betroffen: Nur im Regionalverband Saarbrücken ist der Anteil der jungen Menschen annähernd stabil, in einzelnen Altersgruppen gibt es sogar leichte Zuwächse.
- Rund ein Drittel der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren im Saarland hat einen Migrationshintergrund, fast 15% haben eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Die soziale Lage von Kindern und Jugendlichen im Saarland

- Die soziale Lebenssituation der saarländischen Kinder und Jugendlichen im Saarland ist differenziert zu betrachten. Für ca. jeden dritten jungen Menschen unter 18 Jahren im Saarland ist aufgrund der Datenlage davon auszugehen, dass er aufgrund seiner ökonomischen Familiensituation (Stichworte »Kinder- und Jugendarmut«), gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Entwicklungsverzögerungen oder Behinderungen in verschiedener Hinsicht von Benachteiligungen für seine persönliche, schulische und berufliche Entwicklung betroffen ist. Demgegenüber steht eine Mehrheit von ca. zwei Dritteln dieser Gruppe, für die keine vergleichbaren Einschränkungen für ihre schulische und berufliche Entwicklung und für Chancen- und Teilhabegerechtigkeit zu erkennen sind.

Handlungsempfehlungen zur Berücksichtigung der sozialen Vielfalt und Diversität »der Jugend« im Saarland

- **Spezifische Lebenslagen bei Entscheidungen und Maßnahmen berücksichtigen**
Angesichts der unterschiedlichen und spezifischen Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen sollte bei jugendpolitischen Entscheidungen und Maßnahmen jeweils verbindlich geprüft und berücksichtigt werden, welche Gruppen von Kindern und Jugendlichen aufgrund persönlicher und sozialer Merkmale in welcher Hinsicht von den Regelungen betroffen sind und ggf. hinsichtlich der erwünschten Effekte Einschränkungen unterliegen.
- **Auswirkungen von Kinder- und Jugendarmut verhindern**
Es sollten verstärkt Maßnahmen zur Verhinderung des Entstehens von Kinder- und Jugendarmut umgesetzt werden (primäre Armutsprävention). Die Einführung einer Kindergrundsicherung könnte hierfür ein geeignetes Mittel sein.
- **Maßnahmen zur Armutsprävention**
Zusätzlich sollten Aktivitäten zur Verhinderung der nachteiligen Auswirkungen von Kinderarmut verstärkt werden (sekundäre Armutsprävention). Hierbei sollten niedrigschwellige und lebensweltnahe Maßnahmen (nach dem Muster der Gemeinwesenarbeit) präferiert und zusätzlich gefördert werden.

→ **Gesundheitsprävention und -förderung**

Da auch gesundheitliche Faktoren einen wichtigen Einfluss auf Teilhabemöglichkeiten und Teilhabegerechtigkeit haben, ist die Gesundheitsprävention und -förderung von Kindern und Jugendlichen (insbesondere im Rahmen der sekundären Armutsprävention) besonders zu berücksichtigen.

→ **Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule intensivieren**

Um Bildungsbenachteiligung entgegenzuwirken, sollte die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule weiter intensiviert und ausgebaut werden. Hierbei geht es sowohl um den weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit und die Bildung multiprofessioneller Teams an den Schulen als auch die verstärkte Einbindung außerschulischer, nonformaler Bildungsangebote, um Schulen bei der Förderung bildungsbenachteiligter Kinder und Jugendlicher effektiv zu unterstützen.

→ **Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderung**

Für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sollten entsprechend der Priorisierungen der befragten Expertinnen und Experten insbesondere für den Übergang Schule-Beruf spezifische Unterstützungsangebote implementiert werden. Ein weiterer Handlungsschwerpunkt sollte auf der Ermöglichung der Teilnahme an vielfältigen Freizeitaktivitäten liegen.

→ **Angebote für Kinder suchtkranker oder psychisch kranker Eltern**

Für Kinder und Jugendliche mit suchtkranken oder psychisch kranken Eltern sollten verstärkt auf ihre spezifischen Unterstützungsbedarfe bezogene Angebote umgesetzt werden.

Partizipation und Mitbestimmung

- Die jungen Saarländerinnen und Saarländer wünschen sich mehr Möglichkeiten zu Beteiligung und Mitbestimmung! Die Expertinnen und Experten für die Kinder- und Jugendpolitik im Saarland unterstützen dies nachdrücklich.
- 25 % der beteiligten Jugendlichen äußern großes Interesse an einer Beteiligung im Rahmen eines Jugendparlaments (auf Landes- und/oder kommunaler Ebene).
- Für fast 40% in der Altersgruppe der 15-17-Jährigen wäre es wichtig, wenn man bereits ab 16 auf kommunaler und Landesebene wählen dürfte.

Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Partizipation auf kommunaler und sozialräumlicher Ebene

→ **Beteiligungsformen ausbauen**

Bei Themen und Belangen, die Kinder und Jugendliche betreffen, sollen auf kommunaler Ebene die Beteiligungsformen ausgebaut und verbindlicher geregelt werden. Gelingensbedingungen sind jugendgerecht ausgestaltete Beteiligungsformate, zudem muss für die beteiligten Jugendlichen spürbar sein, dass sie echten Einfluss auf die politischen Entscheidungen nehmen.

→ **Vorhandene Zugänge zur Beteiligung nutzen**

Bei allen Entscheidungen, die für die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen relevant sind, sollten vorhandene Zugangswege zu ihnen aktiviert und für die Beteiligung an Planungen, Entscheidungen und Umsetzung von Vorhaben genutzt werden. Dies können insbesondere Angebote der Jugendarbeit, Vereine, Schulen, Kitas, Kirchengemeinden, Moscheegemeinden und anderer religiöser Gemeinschaften sowie von Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit und sozialräumlichen Jugendhilfe sein.

→ **»Kann-Vorgaben« in »Muss-Vorgaben« umwandeln**

Die Umsetzung und Wirksamkeit der »Kann-Regelung« des § 49a Kommunalselfbstverwaltungsgesetz, KSVG (»Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch die Gemeinden«) sollte (regelmäßig) überprüft werden. Erforderlichenfalls sollte geprüft werden, ob es nicht einer verbindlicheren gesetzlichen Regelung bedarf (»Soll« oder »Muss«), um eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen »bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren« sicherzustellen.

Partizipation auf Landesebene

→ **Regelmäßige Befragungen durchführen**

Befragungen von Kindern und Jugendlichen sollten (ggf. in einem konzertierten Vorgehen von Land und Kommunen) institutionalisiert und in regelmäßigem Turnus durchgeführt werden. Schwerpunktthemen wären Entwicklungen und Veränderungen in den Themen und Bedarfen der Kinder und Jugendlichen und Feedbacks zu jugendpolitischen Entscheidungen und Aktivitäten sowie ihren Wirkungen.

→ **Beteiligung als Fördergrundsatz festschreiben**

Bei der Vergabe öffentlicher Mittel an Träger, Verbände und Kommunen für Zwecke, die die Belange von Kindern und Jugendlichen betreffen, sollte deren Beteiligung bei der Verwendung der Mittel als Fördergrundsatz festgeschrieben werden.

→ **Wahlalter herabsetzen**

Als ein wichtiges Signal an die junge Generation, mit ihren Meinungen und Bewertungen ernstgenommen zu werden, sollte geprüft werden, wie den geäußerten Wünschen dieser Altersgruppe bereits ab 16 auf kommunaler und Landesebene wählen zu dürfen, Rechnung getragen werden kann.

→ **Fortbildung zur Moderation von Beteiligungsprozessen**

Ansätze des Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie MSGFF zur Förderung der notwendigen Qualifizierung der Fachkräfte sollten fortgeführt werden. Generell sollte eine bedarfsspezifische Begleitung, Unterstützung und Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte sowie der Politik und Verwaltung zur Umsetzung von Partizipation ermöglicht werden.

Werte, Demokratie, Politik und gesellschaftliches Engagement

- Saarländische Jugendliche sind fest in demokratischen Grundhaltungen verankert! Allerdings weisen manche Zahlen und Aussagen der Jugendlichen darauf hin, dass es dennoch einen deutlichen Bedarf für eine Stärkung von Demokratiebildung und der Förderung demokratische Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen gibt!
- Saarländische Jugendliche haben ein starkes Gefühl sozialer Verantwortung für andere und möchten sich engagieren. Zugleich sind sie nicht gut über die Möglichkeiten zu Freiwilligenarbeit und ehrenamtlichem Engagement informiert.

Handlungsempfehlungen zur Förderung von Demokratiebildung und demokratischer Kompetenzen

→ Zusätzliche Kapazitäten für Angebote fördern

Um mehr Demokratiebildung außerhalb von und ergänzend zu Lehrplaninhalten zu ermöglichen, muss der Aufbau zusätzlicher Kapazitäten auf der Angebotsseite gefördert werden. Die vorhandenen Träger mit Fachexpertise sollten hierfür seitens des Landes angesprochen werden.

→ Zu Mitbestimmung motivieren und befähigen

Im Rahmen der Demokratiebildung sollten insbesondere auch Jugendliche in den Fokus genommen werden, die bisher kein oder wenig Interesse daran haben, sich an demokratischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

→ Demokratie praktisch erfahrbar machen

Im Bereich der schulischen und außerschulischen Bildung sollte einer erlebbaren Vermittlung demokratischen Handelns und demokratischer Prozesse zusätzliches Gewicht verliehen werden. Insbesondere sollte Jugendlichen (praktisch erfahrbar) vermittelt werden, dass die bei ihnen vorherrschenden Werte und Grundhaltungen nur im Rahmen eines demokratischen Gemeinwesens und in einer demokratischen Regierungsform realisierbar und mit anderen Regierungsformen prinzipiell unvereinbar sind.

Handlungsempfehlungen zur Förderung freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements von Kindern und Jugendlichen

→ Ehrenamt und Freiwilligenarbeit fördern

Der in den letzten Jahren beschrittene Weg der Landesregierung, das ehrenamtliche Engagement auf Landesebene bedarfsgerechter zu fördern, sollte mit einem Schwerpunkt auf Jugendliche und junge Erwachsene fortgesetzt und intensiviert werden.

→ Freiwilligendienste über Schulen bekannter machen

Es ist bekannt, dass Freiwilligendienste neben persönlichkeitsbildenden auch berufsorientierende Effekte haben. Ihre Bekanntmachung sollte in den Schulen intensiviert werden. Hierbei sollten besonders auch Jugendliche aus sozial belasteten Verhältnissen in den Blick genommen werden.

→ **Vergünstigungen für Freiwilligendienstleistende schaffen**

Um die politische und gesellschaftliche Wertschätzung für Freiwilligendienstleistende deutlicher wahrnehmbar zu machen und die Attraktivität der Dienste zu erhöhen, sollten sie spürbare Vergünstigungen im öffentlichen Leben erhalten (z. B. vergünstigte Eintrittspreise und Gutscheine für Veranstaltungen und öffentliche Einrichtungen (Schwimbäder, Theater, Museen, Konzerte, etc.), Kostenvorteile bei der Nutzung öffentlicher Infrastruktur [ÖPNV, Bahn]).

→ **Barrieren erkennen und abbauen**

Es sollte genauer geprüft werden, welche Barrieren insbesondere Jugendliche aus sozial belasteten Verhältnissen davon abhalten, Freiwilligendienste zu absolvieren, um hieran anschließend passende zusätzliche Informations- und Fördermöglichkeiten zu entwickeln.

→ **Vielfältige und niederschwellige Zugänge schaffen**

Insgesamt sollten den jungen Menschen möglichst vielfältige und niedrigschwellige Zugänge zu freiwilligem und ehrenamtlichem Engagement eröffnet werden. Hierbei sind alle Organisationen und Institutionen mit direkten oder indirekten Bezügen zu Kindern und Jugendlichen gefragt (z. B. Vereine, Kirchen- und Moscheegemeinden, zivilgesellschaftliche Organisationen, Verbände und Träger der Jugendarbeit) thematisch breit gefächerte, flexible und den Interessen und Möglichkeiten der jungen Menschen entsprechende (auch innovative) Engagementmöglichkeiten zu entwickeln.

Die Digitale Welt

- In der Welt des Digitalen spielen sowohl Kompetenzen und Ressourcen der jungen Menschen eine wichtige Rolle, als auch Risiken und Gefahren für ihre Entwicklung, insbesondere bei Kindern in jüngerem Alter. Relevante Themen für die politische Handlungsebene sind deshalb sowohl Fragen des Kinderschutzes, die Frage der (verantwortlichen und sicheren) Nutzung der digitalen Medien durch Kinder und Jugendliche als auch die Aufgabe, Ressourcen und Interessen der jungen Menschen im Saarland mit der vorhandenen IT-Forschungs- und Wirtschaftsstruktur im Saarland strategisch zusammenzubringen.
- Voraussetzung für eine Vertiefung von Medienkompetenzvermittlung ist das Vorhandensein eines (auch quantitativ) bedarfsgerechten Angebots. Die Nachfrage und der Bedarf an Angeboten zur Förderung von Medienkompetenz sind im Saarland größer als das vorhandene Angebot.

Handlungsempfehlungen im Bereich Digitalisierung und neue Medien

→ **Kompetenzen stärken**

Angebote und Maßnahmen zur Stärkung der Kompetenzen für einen mündigen, selbstbestimmten, kritischen Umgang mit digitalen Medien sollten ausgebaut werden. Sowohl die Landesmedienanstalt, das Landesinstitut für Pädagogik und Medien, das Landesinstitut für präventives Handeln als auch private bzw. zivilgesellschaftliche Organisationen wie der Landesjugendring Saar mit dem Jugendserver-Saar sollten hierbei durch das Land und die Kommunen unterstützt werden. Die einschlägige Wissenschafts- und Forschungslandschaft im Saarland sowie die ansässigen IT-Unternehmen sollten verstärkt einbezogen und in die Verantwortung genommen werden.

→ **Soft-Skill-Kapazitäten ausbauen**

Die im Rahmen des »DigitalPakt Schule Saarland (2019 –2024)« direkt förderfähigen Maßnahmen sollten von der Förderung der Hardware-Infrastruktur auf die Förderung des Kapazitätsaufbaus von Soft Skills mit dem Ziel einer mündigen und selbstbestimmten Mediennutzung erweitert werden.

→ **Eltern informieren und sensibilisieren**

Auch wenn der Fokus auf der Kompetenzvermittlung und Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen selbst gelegt werden sollte, müssen weiterhin auch Eltern möglichst direkt über Risiken und Gefahren der digitalen Welt informiert und sensibilisiert werden. Auch wenn es aller Erfahrung nach nicht einfach ist, insbesondere diejenigen Eltern hiermit zu erreichen, deren Kinder besonders gefährdet sind, sollten Maßnahmen hierfür weiterhin umgesetzt bzw. sogar intensiviert und neu entwickelt werden.

→ **Kinderschutz verbessern**

Zur Verbesserung des Kinderschutzes und des Jugendmedienschutzes sollte geprüft werden, ob die bestehenden rechtlichen Regelungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefahren und Missbrauch im Internet und in den sozialen Medien ausreichen; bei Bedarf sollten Initiativen zu notwendigen gesetzlichen Änderungen eingeleitet oder unterstützt werden.

→ **Polizeiliche Ermittlungsarbeit zur Verhinderung von Missbrauch ausbauen**

Vor dem Hintergrund von Berichten über deutlich steigende Zahlen bei Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung von sexuellen Missbrauchsabbildungen, sogenannter Kinderpornografie und einer starken Zunahme bei der Verbreitung von Missbrauchsabbildungen durch Minderjährige sollten Ressourcen für polizeiliche Ermittlungsarbeit im Internet und den sozialen Medien (Stichworte »Cyberpolizei«, »Online-Wache im Internet«) ausgebaut werden.

→ **Digitale Lehr- und Lernmöglichkeiten einbinden und weiterentwickeln**

Die in den Zeiten der Covid-19 bedingten Schulschließungen entstandenen und umgesetzten digitalen Lehr- und Lernmöglichkeiten sollten (entsprechend der Wünsche vieler der befragten Jugendlichen) weiterhin in die schulische Bildung eingebunden und weiterentwickelt werden.

Das »Zuhause-Lieben« und die Welt entdecken

- Die jungen Saarländerinnen und Saarländer sind eine zugleich heimatverbundene als auch weltoffene Generation. Viele haben den Wunsch, Erfahrungen im Ausland machen zu können. Er verbindet sich mit der Vorstellung – wenn möglich – auch in Zukunft in der Nähe von Eltern und Freunden im Saarland leben zu können.
- Die Großregion Saarland, Lothringen, Luxemburg, Rheinland-Pfalz und Wallonien ist bei Jugendlichen als Mobilitätsraum so gut wie nicht im Blick. Über unsere unmittelbare europäische Nachbarschaft wissen sie nur wenig. Ihr weitergehendes Interesse hieran ist begrenzt. Französisch »als zweite Muttersprache« wollen nur wenige lernen.
- Häufig scheitern das Interesse und die Bereitschaft von Jugendlichen, eine Zeit im Ausland zu verbringen an den Kosten. Folge ist, dass es meist nur für diejenigen möglich ist, deren Eltern sich dies leisten können. Auch die Möglichkeit, Stipendien hierfür zu erhalten, steht meist nur wenigen Jugendlichen zur Verfügung.

Handlungsempfehlungen zur Förderung einer grenzüberschreitenden Identität und Interkulturalität von Kindern und Jugendlichen in der Großregion

→ Klassenfahrten in Nachbarländer durchführen

Schulen sollten verstärkt Klassenfahrten innerhalb der Großregion durchführen.

→ Ferienfreizeiten innerhalb der Großregion fördern

Grenzüberschreitende Ferienfreizeiten in der Großregion, die von Verbänden, Trägern oder Kommunen angeboten werden, sollten spezifisch beworben und gefördert werden (z. B. durch Kommunen, Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie).

→ Grenznahe Schulpraktika ermöglichen

Als weitere Möglichkeit sollte geprüft werden, ob das in der 9. Klasse der weiterführenden Schulen verpflichtende zweiwöchige Schulpraktikum (und andere schulische Praktika) auch in einem grenznahen Betrieb oder einer Organisation in Lothringen oder Luxemburg absolviert werden können.

Handlungsempfehlungen zur Förderung von kurz- und längerfristigen Auslandsaufenthalten von jungen Saarländerinnen und Saarländern

→ **Zuschussmöglichkeiten für Auslandsaufenthalte**

Zuschussmöglichkeiten zur Finanzierung von Auslandsaufenthalten junger Saarländerinnen und Saarländer über nicht-kommerzielle Anbieter von Austauschprogrammen, Auslandspraktika, Auslandsschulbesuchen, Auslandsfreiwilligendiensten etc. sollten erweitert werden.

→ **Offensiv informieren**

In den Schulen, aber auch bei Verbänden und Trägern, sollten Jugendliche (auch deren Eltern), offensiver und motivierend über Möglichkeiten zu Auslandsaufenthalten und deren Finanzierung informiert werden. Hierbei sollten insbesondere auch die Vorteile für die persönliche, schulische und berufliche Entwicklung dargestellt werden.

Jugendarbeit, informelle Bildung und Freizeit

- Es gibt unter den saarländischen Jugendlichen ein relevantes Mitglieder-Potenzial für die Jugendarbeit in Vereinen, Organisationen und Verbänden. Eine umfassendere Begleitung, Unterstützung und Qualifizierung ehrenamtlicher Mitarbeitender in den Organisationen wird als hilfreiche Maßnahme empfohlen, um dieses Potenzial zu aktivieren.
- Die Wünsche von Kindern und Jugendlichen im Freizeitbereich – insbesondere in ländlichen Gebieten – sind eindeutig und lassen sich zusammenfassen in den Attributen »mehr«, »vielfältiger« und »besser (und günstiger) erreichbar«.
- Besonders prägnant hierfür ist u.a. die relativ große Zahl an Jugendlichen, die von sich (ggf. entgegen der gängigen Erwachsenenmeinung) sagt, sie würden gerne weniger Zeit mit Internet, Gaming und Social Media verbringen, wenn sie mehr attraktive andere Möglichkeiten für ihre Freizeit hätten.
- Lebensweltnähe und Erreichbarkeit sind wesentliche Faktoren für die Nutzung von Freizeitangeboten durch Kinder und Jugendliche. Als federführende Akteure hinsichtlich des Ausbaus von Freizeitmöglichkeiten (und der Pflege bestehender Angebote) sind deshalb vor allem die Kommunen gefragt.
- Eine wichtige Erfolgsbedingung für die Nutzung neuer und bestehender Freizeitangebote ist die direkte Beteiligung der Zielgruppe. Nur sie garantiert, dass Freizeitangebote den Interessen und Bedarfen von Kindern und Jugendlichen entsprechen.

Handlungsempfehlungen im Bereich Jugendarbeit, informelle Bildung und Freizeit

→ **Direkte Beteiligung**

Kinder und Jugendliche sollten vor Ort (am besten verbindlich) frühzeitig in Planungs- und Umsetzungsprozessen beteiligt werden. Gleiches gilt für Verbände und Träger, die über Erfahrungen mit der partizipativen Umsetzung von Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche verfügen.

→ **Mobilität ermöglichen**

Da es nicht möglich sein wird, alle attraktiven Freizeitmöglichkeiten (insbesondere in ländlichen Gebieten) lebensweltnah anzubieten, ist die Ermöglichung von Mobilität eine zentrale Aufgabe der Kinder- und Jugendpolitik und Verkehrspolitik. Die konkreten Interessen und Bedarfe von Kindern und Jugendlichen sollten bei der Aktualisierung und Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans ÖPNV Saarland explizit und als Schwerpunkt berücksichtigt werden.

Die saarländische Jugend und Corona: Lessons learned und der Blick nach vorne

- Die jungen Saarländerinnen und Saarländer sind sehr verantwortungsvoll mit den Einschränkungen und Belastungen durch die Corona-Pandemie umgegangen, um vor allem die älteren Menschen vor den Gefahren zu schützen.
- Für sie selbst ging dies mit erheblichen seelischen Belastungen und Einbußen für ihre persönliche und schulische Entwicklung einher.
- Zugleich wurden zahlreiche Erkenntnisse aus den Erfahrungsberichten und Bewertungen von Jugendlichen gewonnen, die zukunftsweisend und nachhaltig für politische Entscheidungen zur Bewältigung der Folgen von Corona und zur Vorbereitung auf vergleichbare Situationen in der Zukunft genutzt werden können.

Handlungsempfehlung: Aus der Corona-Zeit für die Zukunft lernen!

→ Chancen des Digitalen Lernens nutzen

In der Zeit der Schulschließungen konnten Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler im positiven Sinne Potenziale des Digitalen Lernens entdecken und erproben. Es sollte im Detail evaluiert werden, welche Aspekte des Digitalen Lernens zukunftsfähig in Lehrpläne und didaktische Konzepte regelhaft eingebunden werden können. Zugleich sollte festgelegt werden, welche Voraussetzungen für die Umsetzung digitaler Lernelemente im familiären Kontext vorhanden sein müssen und für jeden Schüler und jede Schülerin geprüft werden, ob diese Voraussetzungen gegeben sind.

→ Begleitung durch multiprofessionelle Teams

Schulschließungen in der Zukunft sollten vor allem auch aus Verantwortung für Kinder und Jugendliche aus psychosozial belasteten Familienkontexten unbedingt vermieden werden. Im Falle der Notwendigkeit weiterer Schulschließungen muss im Blick sein, dass manche Kinder eine enge (soziale, pädagogische und psychologische) Begleitung und Unterstützung zuhause benötigen. Multiprofessionelle Teams an Schulen (z. B. Lehrkräfte, Schulsozialarbeit, weiteres pädagogisches Personal der Ganztagsbetreuung, schulpsychologischer Dienst, Jugendamt) sollten Vereinbarungen treffen, so dass diese Kinder und Jugendlichen sofort angesprochen werden können, wenn solche Situationen entstehen.

→ **Ausgleichsmaßnahmen gemeinsam mit Jugendlichen entwerfen**

Die Erfahrungen der Kinder und Jugendlichen aus den letzten Monaten sollten in die konkreten Maßnahmenplanungen einbezogen und hierbei ihre altersspezifischen und an ihren jeweiligen Lebenslagen orientierten Bedarfe berücksichtigt werden. Ein wichtiger Schritt wäre, junge Menschen selbst zu Wort kommen zu lassen, um mit ihnen gemeinsam geeignete »Corona-Ausgleichsmaßnahmen« zu entwerfen.

→ **Angebote, Maßnahmen und Programme zur Bildungsförderung frühzeitig planen und relevante Akteure anbinden**

Es sollte frühzeitig mit Planungen begonnen werden, wie und in welchem Umfang auch nach Auslaufen des Aktionsprogramms des Bundes »Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche« mittelfristig zusätzliche Mittel zur (schulischen und außerschulischen) Bildungsförderung von Kindern und Jugendlichen eingesetzt werden können, die aufgrund ihrer sozialen Lebenslagen besonders von den Pandemie-Auswirkungen und Folgen betroffen waren und sind. Institutionen der non-formalen Bildungs- und Entwicklungsförderung sollten miteinbezogen werden. Das Saarland verfügt über eine reichhaltige Struktur an geeigneten Angeboten und Trägern der Kinder- und Jugendarbeit und -hilfe, die Zugänge zu den Kindern und Jugendlichen haben. Angebote, Maßnahmen und Programme sollten an sie angebunden und unter Nutzung ihrer Fachexpertise mit ihnen gemeinsam konzipiert werden.

Abschließendes Fazit und übergreifende Empfehlungen

einer Leitlinie künftiger eigenständiger Kinder- und Jugendpolitik im Saarland auf der Grundlage der Ergebnisse der 5. Kinder- und Jugendberichtes:

Die Zukunftswünsche und Vorstellungen, die von Kindern und Jugendlichen bei der Erstellung des 5. Kinder- und Jugendberichtes genannt wurden, sind die maßgebliche Leitlinie bei der Gestaltung und Umsetzung einer ressortübergreifenden, nachhaltigen Kinder- und Jugendpolitik des Saarlandes.

Konkret bedeutet dies für die Gestaltung einer nachhaltigen Kinder- und Jugendpolitik im Saarland:

Die saarländische Kinder- und Jugendpolitik

- bindet Kinder und Jugendliche in allen Phasen der Planung, Umsetzung und Bewertung jugendpolitischer Maßnahmen ein,
- ermutigt und unterstützt junge Menschen, ihre starke Bindung an das Saarland als ihre Heimat mit persönlichen und Bildungserfahrungen im Ausland verbinden zu können,
- leistet ihren Beitrag dafür, dass auch die ländlichen Räume über eine Infrastruktur verfügen, die es für junge Menschen attraktiv macht, im Saarland zu bleiben und später eine Familie zu gründen, »weil es sich im Saarland für Familien, Kinder und Jugendliche überall gut leben lässt«,
- trägt dazu bei, für alle Kinder im Land die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit diese einen guten Schulabschluss erlangen können,
- leistet im Übergang Schule – Beruf ihren Beitrag dazu, dass alle Jugendlichen im Land gute berufliche Perspektiven haben und unterstützt die Wirtschaftspolitik in einer Strategie der wirtschaftlichen Strukturentwicklung mit dem Ziel, saarländischen Kindern und Jugendlichen für ihre berufliche Zukunft attraktive Arbeitsplätze im Saarland anbieten zu können.
- unterstützt die Wirtschaftspolitik in einer Strategie der wirtschaftlichen Strukturentwicklung mit dem Ziel, saarländischen Kindern und Jugendlichen für ihre berufliche Zukunft attraktive Arbeitsplätze im Saarland anbieten zu können.

Übergreifende und abschließende Handlungsempfehlung

»Saarländischer Aktionsplan für eine nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik«

→ **Systematische und kohärente Handlungsstrategie**

Die Impulse und Ergebnisse des 5. Kinder- und Jugendberichts des Saarlandes sollten in eine systematische und kohärente Handlungsstrategie übersetzt werden. Dies könnte etwa in der Form eines ausdifferenzierten und umsetzungsorientierten »Saarländischen Aktionsplans nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik« geschehen.

→ **Ressortübergreifender Ansatz und weitere Ebenen einbinden**

Gelingensbedingungen für die Funktionalität und Wirksamkeit des Aktionsplans sind zum einen ein ressortübergreifender Ansatz auf Ebene der Landesregierung und zum anderen die Einbindung der weiteren staatlichen Ebenen mit ihren jeweiligen Zuständigkeiten, also Kreise, Städte und Gemeinden, sowie der relevanten zivilgesellschaftlichen Organisationen. Kinder- und Jugendpolitik sollte als Querschnittsaufgabe aller Ressorts der Landesregierung verstanden werden.

→ **Interdisziplinäres Gremium zur Begleitung und Beratung einrichten**

Zur Erarbeitung und Umsetzungsbegleitung des »Saarländischen Aktionsplans nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik« sollte nach dem Vorbild des Beirats zur Erstellung des 5. Kinder- und Jugendberichts ein dauerhaftes interdisziplinäres Gremium zur Begleitung und Beratung der Umsetzung des Aktionsplans eingerichtet werden.

→ **Betroffene beteiligen**

Kinder und Jugendliche selbst sollten in allen Phasen der Erarbeitung, Umsetzung und Evaluierung des Aktionsplans und seiner Einzelmaßnahmen beteiligt werden. Zu dem jeweils geeigneten Beteiligungsformat sollte das interdisziplinäre Begleitgremium zum Aktionsplan Empfehlungen abgeben.

→ **Kontinuierlich auf Relevanz, Effektivität und Nachhaltigkeit überprüfen und fortschreiben**

Ausgehend von der Empfehlung zur Erstellung eines »Saarländischen Aktionsplans für eine nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik« sollte geprüft werden, ob die geltende rechtliche Regelung zur saarländischen Kinder- und Jugendberichterstattung noch zeitgemäß und zielführend ist; ggf. sollte der einschlägige § 24 AG KJHG, Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes entsprechend weiterentwickelt und novelliert werden.

Wir empfehlen, sie durch eine regelmäßige Berichterstattung zum Umsetzungsstand des Aktionsplans und der Wirksamkeit der realisierten kinder- und jugendpolitischen Maßnahmen abzulösen. Der Aktionsplan könnte auf der Grundlage einer solchen Neuregelung kontinuierlich auf Relevanz, Effektivität und Nachhaltigkeit seiner Ziele, Maßnahmen und Wirkungen hin überprüft und fortgeschrieben werden.

- **Insgesamt gilt aus Sicht der Autoren: Die Besonderheiten des Saarlandes »klein, kompakt und nah beieinander« stellen gute Gelingensbedingungen für die partizipative und konzertierte Umsetzbarkeit eines »Saarländischen Aktionsplans für eine nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik« und seine kontinuierliche Überprüfung und Fortschreibung dar.**

Impressum

Autoren und
Autorinnen:

Erik Schäffer, Tobias Schumann,
Sarah Krewer, Christina Heß

Bearbeitung:

iSPO,
Institut für Sozialforschung,
Praxisberatung und Organisations-
entwicklung GmbH, Saarbrücken

Saargemünder Str. 40
66119 Saarbrücken

0681 9850167
www.ispo-institut.de
ispo@ispo-institut.de

Gestaltung:

zimmer. büro für ehrliche werbung
www.ehrlich-werben.de

Saarbrücken, im Dezember 2021

Im Auftrag des Ministeriums für Soziales,
Gesundheit, Frauen und Familie des
Saarlandes

**Ministerium für Soziales,
Gesundheit, Frauen und Familie**

Franz-Josef-Röder-Straße 23
66119 Saarbrücken

www.soziales.saarland.de

 /MGSFF.Saarland

 @saarland_de

presse@soziales.saarland.de

0681 501-3097

www.soziales.saarland.de

Saarbrücken 2022

• **Ministerium für
Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie**

SAARLAND

Großes entsteht immer im Kleinen.

